



Gabu Heindl

# **STADTKONFLIKTE**

Radikale Demokratie in  
Architektur und Stadtplanung

mandelbaum *verlag*

mandelbaum.at • mandelbaum.de

3., überarbeitete Auflage

ISBN 978-3-85476-936-1

© mandelbaum *verlag* wien • berlin 2022

alle Rechte vorbehalten

Satz: MICHAEL BAICULESCU

Lektorat: MICHAEL BAICULESCU

Umschlag: JANA FRANTAL

Druck: PRIMERATE, Budapest

# Inhalt

- 9 **Vorwort zur 3. Auflage**
  
- 11 **Vorwort**  
Stadt Konflikte, Demokratiekrisen, PPP
  
- 20 **Einleitung**  
**Radikale Demokratietheorie**
- 22 Konsens, Postpolitik, Rechtspopulismus
- 27 Agonismus, Hegemonie und PPP bei Chantal Mouffe
- 34 Demokratie und Dissens bei Jacques Rancière
  
- 40 **POLITIK**
  
- 45 **1. Rotes Wien: Einschreibungen und Hegemonie**
- 45 Ein heutiger Sieg des Neoliberalismus, ein historischer Sieg des Proletariats: Zwei Fassaden-Inschriften
- 49 Aus Steuerhoheit wird Umverteilungs- und Wohnbaupolitik
- 53 Standort-Politik und Hausarbeits-Ökonomie
  
- 62 **2. Kritisches Erben**
- 62 Geschichtspolitik und *Lost Futures*: Derridas und Fishers Hantologien
- 67 Ziegel, Vorraum, Superblock: Ästhetische Kritik des Wohnens
- 81 Paternalismuskritik: Störungen der Top-down-Planung
  
- 89 **3. Red Rebel: Stadtpolitische Konfliktfelder und neue Hegemonien**
- 89 Der Fall Siedler\*innenbewegung: eine Alternative in der Alternative
- 94 Stadtfreundschaft | Konfliktfelder heute: Masse, Boden, Migration
- 103 Neuer Munizipalismus: Zum *Scale Bending* durch *Sanctuary Cities*

110 **PLANUNG**

112 **4. Krise der Planung: Vom Masterplan zur Anwaltsplanung**

112 Planung (in) der neoliberalen Stadt

118 Kritik des Masterplans | Ende der Fundamente

121 After the Planners: Anwaltsplanung und ihre Selbstkritik

128 **5. Postpolitik, Agonismus, Mangel in der Planung**

128 Das Postpolitische an kommunikativer Planung

135 Repolitisierung der Partizipation: Agonismus in der Planung |  
Antagonismus in der Stadt

139 Das Paradox der unbesetzten Stadt und die (ideologische) Rede  
vom Mangel

148 **6. Radikaldemokratische Konsequenzen | Strittige Setzungen**

148 Gründung als Positionierung, postfundamentalistisch

151 Kontingenz | Strittigkeit und Bedingtheit von Planung

156 Setzung, Besetzung, Gesetz: Einrichtung von Öffentlichkeit

**166 POPULAR AGENCY**

**168 7. Verlernen-Lernen in Selbstentfremdung**

168 Agency und Dezentrierung der Expert\*in

176 Demokratie und Ethik

183 *Just Architecture* und minimale Politik

**188 8. Vermessen Fordern**

188 Maß-Halten | Wohnen im Existenzminimum

196 Maßstabsfragen, Vermessen des Messgeräts, Nonsolution

207 Anmaßungen | Riskante Subjektivierung, Äquivalenzkette, politischer *demand*

**218 9. Solidarische Infrastruktur und Allianzen neuer Akteur\*innen**

218 Infrastrukturen populärer Handlungsmacht

222 Urbane soziale Bewegungen | Selbstermächtigung im Wohnen

236 *Nichtbebauungsplan* | Allianzbildung im öffentlichen Raum

**245 Nachwort**

**Stadtplanung im Zeichen des Rechtsrucks**

256 Bibliografie

269 Internet-Quellenverzeichnis

271 Film-, Video- und Fernsehquellen

271 Abbildungsverzeichnis

Dieses Buch ist Grete und Drehli gewidmet.

## Vorwort zur 3. Auflage

Seit dem Erstdruck dieses Buchs Mitte 2020 haben sich so manche Stadtkonflikte, wie ich sie hier beschreibe, zugespitzt: In der Covid-19-Pandemie sind Lieferdienste, Online-Warenversand-Zustellungen, sowie Menschen ohne Wohnung sichtbarer, sind hingegen Arbeitsprekariat, häusliche Gewalt und ungleiche Reichtumsverteilung noch unsichtbarer (wenn auch nicht geringer in ihren Auswirkungen) geworden.

Wer wird für die Krise zahlen? Der Run auf Betongold jedenfalls ist ungebrochen: „Wir kaufen alles!“ sagt eine Wiener Immobilienfirma im Herbst 2021 als Stehsatz ihres Initialanrufs. Umso bemerkenswerter der Berliner Volksentscheid *Deutsche Wohnen & Co enteignen* vom September 2021, dessen 57,6% Befürworter\*innen ich in dieser Ausgabe eine neue Foto-Collage widme (siehe S. 272).

Anhand von aktuellen Autobahnprojekten spitzen sich Klimaschutzproteste zu: Gefordert wird dort insbesondere intergenerationale Verantwortung in der Planung, unter anderem einer weniger autozentrierten Stadt. Zurecht. Diese Proteste, aber auch Mieter\*innenproteste, finden auf der Straße statt, ebenso wie die von Rechtspopulist\*innen initiierten Anti-Corona-Maßnahmen-Demos. Nicht alle diese Auseinandersetzungen fallen in den Bereich von Architektur als Disziplin; aber Stadtkonflikte, in Kontakt mit Politiken des Planens und Bauens, sind sie jedenfalls.

Wien, Jänner 2022



# Vorwort

## Stadtkonflikte, Demokratie- krisen, PPP

Stadtkonflikte sind Teil der vielfältigen aktuellen politischen und sozialen Konflikte weltweit. Zu den Brennpunkten urbaner Kämpfe zählen die Privatisierung von öffentlichem Raum, städtischem Boden und Allgemeingütern, die Kapitalisierung von Wohnraum bis hin zu ganzen Stadtteilen. Dabei wird in großem Maßstab enteignet: Menschen verlieren – und zwar durch gezielte herrschaftspolitische Maßnahmen – Rechte, Freiheiten und Sicherheit (etwa Wohnsicherheit), sie verlieren Möglichkeiten zur Teilhabe an der Stadt.

Diese Problemlagen werden durch jede (Wirtschafts-)Krise verstärkt, so auch durch die Corona-Krise, die zu Beginn der 2020er Jahre alles überschattet. Viele der hier erläuterten Konflikte rund um die Aufteilung von urbanem Raum beziehen sich auf die Zeit vor der Covid-19-Pandemie, es weist aber alles in die Richtung, dass diese Konflikte nach dieser vielschichtigen Krise in noch verstärkter Form präsent sein werden. Die Politiken, die der Kapitalakkumulation zuarbeiten, werden weiter daran gehen, städtischen Raum in ihrem Sinn umzuwandeln, solange keine politische Kraft dagegenhält. Zugleich hat ein Virus uns aber vor Augen gehalten, wie wichtig öffentliche und kollektive Infrastrukturen für das Wohnen, für die Gesundheit, für das alltägliche Leben aller sind – und auch was für eine entscheidende Rolle Stadtplanung dabei spielt, u.a. in Bezug auf die Leistbarkeit von Wohn- und Arbeitsraum, die Nähe zu Infrastruktur oder den Zugang zu urbanem Grün und öffentlichen Verkehrsmitteln. Im Moment eines (zeitweiligen, ambivalenten) Erstarkens des Staates, angesichts der bis vor Corona unvorstellbaren „Koste es, was es wolle“-Politik, geht es nun umso mehr um kritische Reflexion der Zuschreibung *staatlich* bzw. *kommunal*, sowie um einen Einspruch dagegen, dass eine kollektivistische, am öffentlichen Gemeinwohl orientierte Politik auf den Protektionismus eines nationalen Wirtschaftsraums reduziert wird.

Hier setzt dieses Buch an: bei Handlungsmacht im Konflikt mit dem neuen Autoritarismus ebenso wie mit der ‚alten‘ neoliberalen Profitlogik, die vor öffentlichen Gütern nicht Halt macht. Gerade in der Abwicklung öffentlicher Bau-Aufgaben und urbaner Infrastrukturprojekte hat sich im Rahmen der Austeritätspolitik der letzten Jahrzehnte die Form der *Public Private Partnership* (PPP)<sup>1</sup> durchgesetzt: In PPP-Projekten werden öffentliche Aufgaben in Zusammenarbeit mit Unternehmen der Privatwirtschaft durchgeführt, wodurch diese und ihre Profitinteressen zur Entscheidungsautorität in eigentlich öffentlichen Aufgabenstellungen wird. Öffentliche Infrastrukturen jeder Art wurden damit zu Anlageprodukten und Public Private Partnerships seit den 1990ern zu einem Inbegriff neoliberaler Planung: Sie tragen weltweit zur Kapitalisierung von Gemeingütern, von öffentlichem Raum und Infrastruktur bei. Das reicht von einem Autobahnprojekt für eine Titan-Mine im südafrikanischen Pretoria mit Beteiligung eines österreichischen Baukonzerns bis zum Abriss des Nationaltheaters in Tirana, das einem PPP-Großprojekt mit Ersatztheater als Teil einer Shopping Mall weichen soll<sup>2</sup> und weiter nach Wien – wo heute private Bauträger geförderten Wohnbau errichten, wo in besten urbanen Lagen privatfinanzierte Anleger\*innenwohnungen gebaut werden, wo öffentlicher Raum am Donaukanal mittels profitorientierter Investments durchkommerzialisiert wird und wo nicht zuletzt große Campus-Schulen als PPPs gebaut werden.

Ungeachtet der Partnerschafts-Rhetorik in den Public Private Partnerships sind hier Dynamiken im Spiel, die Gewalten gleichkommen: Mit der relativen Profitabilität und ‚Krisensicherheit‘ von ‚Betongold‘ und mit dem Wachstum der Städte nimmt die Aggressivität von Immobilieninvestments rasant zu, PPP-Projekte werden

- 1 In Deutschland auch Öffentlich-Private Partnerschaften genannt.
- 2 Die beispielhaft genannten Projekte in Pretoria und Tirana sind auch in jeweils spezifischen neokolonialen Kontexten (etwa des *land grabbing* durch global agierende Großkonzerne) zu sehen. In beiden Fällen haben sich Widerstandsgruppen formiert und sich – wenn auch nur im kleinen Rahmen – international vernetzt. Zwar hat der Baukonzern Strabag in der Zwischenzeit aufgegeben, nicht aber andere global agierende Minenprojektentwickler\*innen, und beim Nationaltheater in Tirana wurde während des ersten Corona-Lockdowns an einem Sonntagmorgen – und trotz Besetzung – mit dem Abbruch begonnen.

verstärkt von privaten Investitions-Scouts selbst konzipiert.<sup>3</sup> Gut erschlossener Stadtraum ist zum Investitionsstandort für jenes Kapital geworden, das durch fehlende Besteuerung von Krise zu Krise wächst und sich in Form jenes Eigentums an urbanem Raum manifestiert, das nicht für dessen Nutzung gedacht ist, sondern als gebaute Form gestapelter Aktien und Sparbücher. Kurz gesagt, findet dabei eine Umverteilung von öffentlich zu privat und von unten nach oben statt. Umfassender betrachtet, werden durch diese Privatisierungsprozesse die Bereiche Städtebau, Wohnbau, Schulbau, öffentlicher Raum der Bestimmung durch institutionelle Repräsentation wie auch der zivilgesellschaftlichen Teilhabe immer stärker entzogen.<sup>4</sup>

Es handelt sich hier also um eine massive Demokratiekrise. Als eine solche wirkt sich die neoliberale Kapitalakkumulation, die *immer auch Politik* ist, aus. Mit bedenklicher Unbeirrbarkeit verläuft, zusätzlich zur Durchsetzung neoliberaler Ökonomie und Politik, insbesondere in Europa die Vertiefung ebendieser Krise der Demokratie. Dies betrifft sowohl institutionelle Formen von Demokratie (parlamentarische Verhandlung, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit) als auch zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume (die Arbeit humanitär und herrschaftskritisch engagierter NGOs oder investigativer Medien): Beide werden bedrängt und abgebaut durch Machtübernahmen, die sich mit Begriffen wie *rechtspopulistisch* oder *nationalautoritär* (womöglich auch mit dem drastischen Wort *Faschisierung*) bezeichnen lassen. Dieser vielfältige Prozess läuft nicht *gegen* neoliberale Zugriffe ab, sondern in Übereinstimmung oder Kooperation *mit* ihnen. Nationalautoritäres Regieren und rechtspopulistische

3 Zur Steigerung im globalen Maßstab in Form von „Global Public Partnerships“ siehe Adam B. Masters, *Cultural Influences on Public-Private Partnerships in Global Governance*, Basingstoke 2019.

4 Meine Kritik an PPP-Projekten liegt damit etwas quer zu Werner Rügemer mit seinem oft zitierten Buch ‚Heuschrecken‘ im öffentlichen Raum. *Public Private Partnership – Anatomie eines globalen Finanzinstruments*, Bielefeld 2012. Das Wort ‚Heuschrecken‘ lehne ich gänzlich ab, weil es ein Ekelgefühl auf das Finanzkapital, meist in Abgrenzung von einem ‚guten‘ Industriekapital, als Feindbild projiziert; dies steht, auch wenn nicht beabsichtigt, in der Tradition antisemitischer Stigmatisierungen, wie sie die Nazis verwendet haben. Radikaldemokratische Kapitalismuskritik muss ihre Konfliktpositionierungen formulieren können, ohne auf solche Feindbilder zurückzugreifen, die Machtverhältnisse auf unliebsame Einzelne oder unbeliebte Minderheiten projizieren. Meine Kritik gilt der Politik, die derartige neoliberale Instrumente ermöglicht.

Kampagnen erhöhen den Druck auf öffentlichen Raum: Zu der Ausschluss-produzierenden Kapitalisierung der Städte kommen verstärkt rassistisch motivierte Sicherheitsdiskurse und -techniken hinzu – sowie strukturelle Verunsicherungen in den Lebensbedingungen vieler, die aus der Austeritätspolitik resultieren. Zu sprechen ist hier auch von der Erderhitzung und ihren sozial ungleichen Auswirkungen: also von der ‚Klimakrise‘ und zwar als einem nicht zuletzt verteilungspolitisch gerahmten Problem (wer verbraucht Energie, wer leidet unter Folgen?), das somit ebenfalls Teil der Demokratiekrise ist.

Für den Aufbau dieses Buches gehe ich von der gängig und für neoliberale Stadtplanung synonym gewordenen Abkürzung PPP für Public Private Partnerships aus und setze ihr drei andere, oppositionelle P entgegen, die jeweils für die drei Hauptthemen und Hauptteile dieses Buches stehen: Anstelle eines *Public*, das hier Öffentlichkeit als top-down planend oder aber Planungsverantwortung abgebend meint<sup>5</sup>, nämlich an *Private*, genauer: an Kapitalmacht-Akteur\*innen mit Profit-Interessen, in einer *Partnerschaft*, die aus demokratiepolitischer Perspektive ungleich und vorgetäuscht ist – anstelle dieses PPP mache ich hier dasjenige von *Politik*, *Planung* und *Popular Agency* stark.

Das Markante und Logo-hafte der Abkürzung PPP zu kapern und umzuschreiben, deutet etwas an, das mir allgemein wichtig ist: nämlich den Charakter von Inszenierungen und einprägsamen Einschreibungen von Politik und ihren Manifestationen im öffentlichen Raum stark zu gewichten.<sup>6</sup> In der Politik, auch in der Planungspolitik, sind wir auf einem Terrain der Worte, auch Schlagworte, par excellence. Die Formulierungen gilt es kritisch zu analysieren – nicht als ‚bloß symbolisch‘ abzutun. Mit der Struktur der *anderen PPP* wird zunächst die politische Dimension von Architektur und öffentlichem Raum in einer *Konflikt-offenen* Orientierung von *Politik* dargestellt und dabei populäre Handlungsmacht, *Popular Agency*, anvisiert. Die *Planung*, das zweite P, steht dabei im Spannungsfeld der anderen beiden P: also von einerseits *Politik* als Konfliktpolitik und von andererseits Austausch bzw. Allianz mit der *Popular Agency* von so-

5 *Dieses Public* ist eine Form von Öffentlichkeit, die sich unternehmerisch missversteht und somit selbst abschafft.

6 Für eine Variation des *Other PPP* siehe: Gabu Heindl, „PPP(P)P: Powerfully (Precariously) Positioned Planning Proposition“, in: *Beyond Beyond: Today's dilemmas in architectural education and practice*. Volume 50, 2017.

zialen Bewegungen und Bottom-up-Initiativen, die demokratische Teilhabe und Handlungsräume erweitern.

Wenn hier von Politik im Kontext von Architektur und der Verteilung von Raum die Rede ist, geht es dabei nicht um eine Politik der Autonomie von Form oder Kunst, und auch nicht um Politik, die ein Wissen über ein richtiges Gesamt-Modell oder einen ultimativen Verteilungsschlüssel propagieren würde. Sondern es ist ein Politik-Verständnis, das wesentlich *postfundamentalistisch*, auf *Hegemoniekonflikt* hin orientiert und *radikaldemokratisch* ist. Um dies zu erläutern, wird in der konzeptuellen Einleitung meine politiktheoretische Grundorientierung dargelegt, nämlich in der Spannung zwischen radikaldemokratischen Politik-Agenden und andererseits den diskursiv behaupteten und praktisch festgelegten Alternativlosigkeiten – auch als Postdemokratie bezeichnet –, auf welche die Durchkapitalisierung von Gesellschaften und ein Regieren durch Konsens hinauslaufen. Radikale Demokratie stellt sich einem solchen Verlust an Demokratie entgegen: *gerade* mit der Forderung für eine weiterführende, vertiefende Demokratisierung der Demokratie – inklusive der Anerkennung der Kämpfe und Konflikte rund um Selbstbestimmung ebenso wie Repräsentation und Stellvertretung. Die postfundamentalistische Ausrichtung dieser Theorie bedeutet, dass Politik, auch demokratische, als etwas verstanden wird, das sich nicht auf gegebene Ganzheiten oder sichere Gründe beruft; zugleich aber bleiben Ansprüche auf strittige Formbildungen, auf teilweise Gründungen und zeitweise Ganzheiten aufrechterhalten.<sup>7</sup>

Auf Basis dieser Prämissen geht es beim ersten P um Politik in einem fokussierten Sinn: anhand der Wohnbaupolitik des Roten Wien der Jahre 1919–1934, also zwischen Erstem Weltkrieg und austrofaschistischer Diktatur. Und um einen *kritischen Umgang* mit einem heute anzutretenden Erbe an egalitärer sozialdemokratischer Stadtplanung und Wohnbau-Politik; und zwar in Auseinandersetzung mit architektur- und politiktheoretischen Einwänden – aus marxistischer wie auch poststrukturalistischer Richtung – gegen Macht-Verstärkungen im Roten Wien. Um das kurz vorwegzunehmen: Meine Kritik setzt paternalistische Machtformen der sozialdemokratischen

7 Für eine Einführung in postfundamentalistische Politiktheorie siehe Oliver Marchart, *Die politische Differenz: Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*, Berlin 2010.

Kommunalpolitik damals wie heute miteinander in Beziehung; dies allerdings in einer hegemonietheoretischen Perspektive, die Durchsetzungen von Massenansprüchen (gegen Kapital-Macht) auf urbanen Raum und Stadt-Infrastruktur *als teilerfolgreiche Verwirklichungen* anerkennt und zu aktualisieren fordert.

Zwischen der Radikalität von Ansprüchen und Theoriezugängen einerseits und der Praxis politischer Durchsetzungen von Demokratisierung andererseits zu vermitteln, dieser Impuls prägt auch den zweiten Buch-Teil, der sich der Planung und ihren politischen Dilemmata vor allem in Hinblick auf Teilhabe und Partizipation widmet. Jener architekturtheoretischen Kritik, die Planung grundsätzlich auf Seiten der Optimierung gegebener Gesellschaftsordnung sieht und ihr somit konfliktpolitische Potenziale abspricht, schließe ich mich zwar nicht pauschal an; ich greife von ihr aber die Sensibilisierung dafür auf, wie sehr kommunikative und partizipative Planungspraktiken heute durch ihre Rolle als Zuarbeiter\*innen für neoliberale PPP-Projekte kompromittiert sind.

Mein Ziel ist es, solchen Dilemmata der Planung ein radikal-demokratisches Konzept von Praxis entgegensetzen. Gerade vor dem Hintergrund neoliberaler Regierungstechniken, die gegenwärtig auf flexibel an Kapitalerfordernisse angepasste informelle Regelungen abzielen, tritt an Planung ihr Moment als *strittige Setzung* in den Vordergrund: nämlich, dass sie bestritten werden kann, weil sie als schwarz auf weiß geschriebene oder gezeichnete vorliegt. Im Fokus steht hier Planung, die Verantwortung übernimmt – im Unterschied zu geschmeidigen Ermessensnormen mit ‚Deal‘-Charakter –, als demokratische Vertretung von Gemeinwohl wie auch als implizierte Mit-Übernahme des Mandats für Spiel- und Handlungsräume jener Menschen, die zeitlich wie räumlich *noch nicht da* sind.<sup>8</sup>

Dies führt zur Frage nach einer Repolitisierung von Partizipation und Planung, die sich an der Bildung von Infrastrukturen für Öffentlichkeiten beteiligen. Öffentlichkeit als *ingerichteter*, gegen Aneignung durch Privatkapital verteidigter öffentlicher Raum ist Möglichkeitsraum für Popular Agency – mein drittes *anderes P*. Die radikaldemokratische Orientierung von Planungspolitik, um

8 Die Frage einer „Gerechtigkeit in bezug auf jene, die nicht da sind“, ist in dekonstruktiver Fassung ein zentrales Problem in: Jacques Derrida, Marx' Gespenster, Frankfurt a. M. 1995, S. 12.

die es mir geht, führt zu einem Hannah Arendt'schen Begriff von Öffentlichkeit; und zwar komplementiert durch einen Zugang, der mit Gayatri Chakravorty Spivak die Herstellung von Infrastrukturen anvisiert; und weiters durch ein Verständnis von politisierter Planung als etwas, das involviert stattfindet, in Form einer radikalen Infragestellung der eigenen Autorität/Expertise und zugleich in Allianzen mit sozialen Bewegungen.

Aufgrund meiner Erfahrung als praktizierende, lehrende, publizierende und aktivistisch eingebundene Architektin, aber auch als Vermittlerin demokratiepolitischer Einsätze von Planung bin ich in allen der drei *anderen PPP-Bereiche* situiert. Die Planungspraxis wirkt sich dabei auf den Umgang mit Theorie und Konzepten von Politik aus. Und zwar erfolgt dieser Umgang nicht in einem Draußen oder Darüber, wo Begriffe gegenüber der Politik ‚rein‘ bleiben würden, und auch nicht in einer Tiefe, in der Politik immer noch radikaler oder abgründiger gegenüber dem gesellschaftlichen Alltag wäre, sondern vielmehr möglichst nah an den politischen Konflikten und gesellschaftlichen Mobilisierungen im und um den öffentlichen wie auch bewohnten Stadt-Raum. Methodisch gekoppelt ist die Reflexion der dabei gesammelten Situationen<sup>9</sup> – von konkreten Planungsaufgaben, selbstinitiierten Projekten und kollektivem Aktivismus bis zum Studium historischer Planungskonzepte – mit dem kritischen Reflektieren über die eigene Situietheit. Diese Situietheit ist einerseits zeitlich, also historisch, definiert – gerahmt durch den uns heute bereits ‚vertrauten‘ Neoliberalismus und den politischen Rechtsruck, der gerade in Echtzeit abläuft – als auch örtlich rückgebunden, nämlich vorwiegend in Wien, und damit aber wiederum auch historisch verfasst. Historisch etwa schon in dem Verständnis, dass sich derzeit eine politische Konstellation aus den 1920er und frühen 1930er Jahren zu wiederholen scheint – kosmopolitische Hauptstadt mit einem gewissen Anspruch auf egalitäre, progressive Kommunalpolitik in einem von konservativer bis antidemokratischer Hegemonie geprägten Land.

Eines sei noch gesagt, mit Querbezug zwischen rechten Machtformationen damals und heute: Meine Arbeit geht wesentlich auf einen primären Impuls durch die mutige Architektin und kommunistische

9 Zum Ausdruck „Situationen sammeln“ siehe: Nora Sternfeld, *Das radikaldemokratische Museum*, Berlin, Boston 2018, S. 37.

Widerstandskämpferin Margarete Schütte-Lihotzky zurück, deren Freundin und Untermieterin/Nachbarin ich einige Jahre lang, bis zu ihrem Tod im Jahr 2000, war. Tür an Tür mit Grete Schütte-Lihotzky zu wohnen und so immer wieder Zeit mit ihr zu verbringen, auch das war eine Situation, vielmehr noch, war ein großes Glück. Schütte-Lihotzky wirkte am Wohnbauprogramm des Roten Wien und dem des Neuen Frankfurt mit. Ihre Rolle als politische Architektin ist Vorbild. Und zugleich kommt da auch ein Moment von Ambivalenz hinzu, das einer notwendigen Historisierung geschuldet ist: Es betrifft ein skeptisches Verhältnis zu derjenigen Architektur, für die ihr Name heute am meisten steht (und auf die sie allzu oft reduziert wurde), nämlich der „Frankfurter Küche“: Dieser Entwurf ist von zeitgenössischen egalitaristischen und feministischen Anliegen genauso geprägt, wie er Platzzuweisungen – welche Orte und Tätigkeiten für welches Gender – impliziert und auf rationalisierte Effizienz-Machung kleiner Räume setzt. In beispielhafter Weise ist hier radikaldemokratische Kritik an einer ökonomistischen Aufgabenstellung (Kleinstküche) aufgerufen (und wurde auch vielfach geleistet) – wie auch Kritik an Konzepten des modernistischen „räumlichen Existenzminimums“ allgemein. Zugleich geht es aber auch um ein Beerben, wenn auch ein explizit „kritisches Erben“ der demokratischen Inhalte modernistischer Projekte.

Genau das ist eine zentrale Agenda von radikaler Demokratie: eine Vertiefung von Demokratie als deren Demokratisierung und insofern ein demokratisch-kritisches Verhältnis zu Formen und historischen Beständen von Demokratie-Politik, in solidarischer Überprüfung von Kämpfen, die vorhergegangen sind – wissend, dass zukünftige demokratische Kämpfe in urbanen Konstellationen ihre eigenen Formen und Perspektiven ausprägen werden. Demokratie ist nicht radikal zu gründen, aber sie hat ihre „unmöglichen“ und prekären Gründe.<sup>10</sup> Zu diesen zählen ganz vorrangig Stadtkonflikte.

<sup>10</sup> „Demokratie muss nicht – und kann auch nicht – radikal gegründet werden. Wir können uns einer demokratischen Gesellschaft nur durch eine Pluralität von Demokratisierungsakten nähern.“ Ernesto Laclau, Emanzipation und Differenz, Wien 2002, S. 120.

Abgesehen von dankbarer Erinnerung an Grete Schütte-Lihotzky bin ich folgenden Leuten zu Dank für Unterstützung bei meiner Arbeit an diesem Buch verpflichtet: Ruth Sonderegger, die mein Philosophie-Dissertationsprojekt an der Akademie der bildenden Künste Wien betreut hat, das die Basis für dieses Buch bildet; für ihre sorgsame Lektüre Regina Schlagnitweit; und weiters Lilly Axster, Sabine Bitter, Jeff Derksen, Jana Frantal, Gunnar Grandel, Karin Harrasser, Christian Hoffelner, Renate Höllwart, Maria Kanzler, Bettina Köhler, Susan Kraupp, Christina Linortner, Hannah Niemand, Ivana Pilic, Nikolai Roskamm, Christine Schwaiger, Andreas Spiegel, Nora Sternfeld, Marion Thuswald. Danke an Michael Baiculescu und Elke Smodics vom Verlag – sowie am allermeisten Drehli Robnik.